Mittwoch, 19. Mai 1926 · 74. Jahrgang Nr. 232

Berliner Volks-Zeitung

Morgen-Ausgabe
Einzel-Nummer 10 Pfennig

Erscheint täglich zweimal, Sonntags, Festtags und Montags einmal. Abonnementspreis einschließlich zweimaliger Zustellung durch die Botenfrau wöchentlich 80 Pfennig im voraus zahlbar; durch die Post 2,15 Reichsmark monatlich exklusive Zustellung. Im Falle höherer Gewalt oder Streiks haben unsere Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts. Anzeigen-Preise: Die 12gespaltene Zeile 80 Pfennig; für kleine Anzeigen: das Wort 20 Pfennig; das fettgedruckte Wort 40 Pfennig. Haupt-Expedition: SW., Jerusalemer Str. 46—49. Fernsprecher: Dönhoff Nr. 5440 bis 5455; für den Fernverkehr Nr. 4207 bis 4209. — Rudolf Mosse-Code. — Postscheckkonto Nr. 294, Rudolf Mosse, Berlin SW. 7. — Filialen: Moritzplatz, Köpenicker Strasse 67—68, Wiener Strasse 1—5, Frankfurter Allee 286, Frankfurter Allee 346, Grosse Frankfurter Strasse 101, Greifswalder Strasse 197, Kochhanstr. 8, Schönhauser Allee 144, Schiffbauerdamm 4, Rheinsberger Str. 79.
Chefredakteur: Otto Nuschke.

Mit „Jede Woche Musik"
Moden-Zeitung · Sport-Zeitung
Film-Zeitung · Haus u. Garten-Ztg.
Techn. Zeitung · Witzblatt „U.L.K."
BERLIN VERÄNDERLICH

Fernspr. 1. Müllerstr. 135, Badstr. 61, Königstr. 56—57, Rosenthaler Str. 40, Hallesches Ufer 32, Turmstr. 21, Potsdamer Str. 38, Leipziger Str. 103, Zimmerstr. 50, Blücherstr. 33, Friedrichstr. 9; Charlottenburg: Tauentzienstr. 7, Kantstr. 34, Scharfenberg. 30, Nürnberger Str. 29—30, Kaiserdamm 26, Friedenau: Rheinstr. 16, Halensee: Grunewald: Hohenzollernplatz: Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichterfelde-West: Carstr. 1-3, Neukölln: Berliner Str. 43, Hermannstr. 90—94, Kaiser-Friedrich-Str. 247—48; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 5, Schöneberg: Hauptstr. 23—24, Martin-Luther-Str. 9; Steglitz: Albrechtstr. 130; Tegel: Berlinerstr. 12, Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Krullstr. 7; Weissensee: Streustr. 126, Wilmersdorf: Uhlandstr. 88, Kaiserplatz 13; Brandenburg: Hauptstr. 4; Breslau: Schweidnitzer Str. 31—32, Oppeln: Schlossstrasse 1; Frankfurt a. O.: Regierungsstr. 4a; Niederschönweide: Brückenstr. 23; Potsdam: Brandenburgerstr. 39, Spandau: Breite Str. 47, Stettin: Mönchenstr. 31

Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin SW.

Das Vertrauensvotum gesichert

Die Sozialdemokraten unterstützen das Kabinett Marx – Regierungserklärung und Flaggenerlaß

Das Reichskabinett trat gestern nachmittag 4 Uhr im Reichstag zu einer Sitzung zusammen, in der, wie angekündigt, die Formulierung der Kanzlererklärung zur Erörterung stand. Ueber die Formulierung dieser Regierungserklärung ist eine Verständigung mit den Regierungsparteien erzielt worden. Reichskanzler Marx setzte sich im Anschluß an die Kabinettssitzung auch noch mit den Sozialdemokraten in Verbindung, um sie rechtzeitig über die Programmerklärung, die in der heutigen Nachmittagssitzung erfolgt, ins Bild zu setzen.

Wie wir mitteilen können, wird Reichskanzler Marx in dieser Regierungserklärung den Flaggenerlaß des Luther-Kabinetts unerwähnt lassen. Es ist aber anzunehmen, daß Reichskanzler Marx im Verlaufe der Debatte über diese Regierungserklärung doch genötigt sein wird, ein Wort über den Flaggenerlaß des Luther-Kabinetts zu sagen, weil der Führer der Deutschnationalen, Graf Westarp, beabsichtigt, an den Kanzler in der gleichen präsisen Form wie seinerzeit an Luther u. a. die Frage zu stellen, ob die Regierung bereit sei, die Flaggenverordnung unverzüglich durchzuführen. Sollte diese Anfrage tatsächlich erfolgen, so wird Reichskanzler Marx darauf hinweisen, daß die Flaggenverordnung de jure bestehen bleibt, daß aber ihre Durchführung zunächst nicht möglich ist. Inzwischen soll ja ein Ausschuß tagen, der sich mit der Frage der Einheitsflagge zu beschäftigen haben wird. Es muß also angenommen werden, daß die Deutschnationalen, denen eine solche Erklärung des Reichskanzlers natürlich nicht genügen wird, gegen das Vertrauensvotum für die Regierung stimmen werden.

*

Die Beteiligung der Sozialdemokraten an dem Vertrauensvotum für das Kabinett Marz kann dagegen jetzt als gesichert angesehen werden. Wenn auch die formelle Entscheidung darüber erst in der Sitzung fallen wird, die im Anschluß an die Kanzlererklärung heute nachmittag einberufen wird, so ist bei den Sozialdemokraten wie bei den übrigen Fraktionen man sich doch in sozialdemokratischen Kreisen inzwischen darüber schlüssig geworden, das Kabinett Marz aktiv zu unterstützen. Es ist deshalb zu erwarten, daß das Vertrauensvotum für die Regierung Marz angenommen werden wird, von den Sozialdemokraten, von den Demokraten, vom Zentrum, von der Bayerischen Volkspartei und von der Deutschen Volkspartei. Desgleichen dürfte die Wirtschaftliche Vereinigung sich eventuell am Vertrauensvotum beteiligen. Dagegen dürften unbedingt die Deutschnationalen, die Völkischen und die Kommunisten stimmen. Damit ist das Vertrauensvotum für das Kabinett Marz gesichert.

Nur Schwarzrotgold!

Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion beabsichtigt, wie wir hören, zur Flaggenfrage einen Antrag einzubringen, dessen Ziel dahin gerichtet ist, daß die deutschen Missionen im Ausland nur die schwarzrotgoldene Flagge zu hissen haben. Die Formulierung des Antrages ist bisher noch nicht festgelegt.

Hamburg, 18. Mai.

Der Hamburger Senat hat sich heute in Konsequenz der Beschlüsse der Bürgerschaft vom 12. Mai mit der Flaggenfrage beschäftigt. Der Senat steht auf dem Standpunkt, daß die Flaggenverordnung gemäß Artikel 67 der Reichsverfassung im Reichstag vorher hätte besprochen werden müssen. Die Hamburger Gesandtschaft in Berlin ist angewiesen worden, bei jeder sich bietenden Gelegenheit nachdrücklich für die Wahrung der verfassungsmäßigen Reichsfarben Schwarz-Rot-Gold sich einzusetzen. Außerdem ist der geschäftsführenden Reichsregierung von den Beschlüssen der Bürgerschaft zur Flaggenfrage Mitteilung gemacht worden.

Deutschland für die Abrüstung

Rede des Grafen Bernstorff in Genf – Deutschland hat abgerüstet – Was versteht man unter Rüstungen?

In der heutigen öffentlichen Nachmittagssitzung wurde zuerst mit der Generaldebatte begonnen. Als erster Redner sprach der englische Delegierte Lord Robert Cecil. Er führte aus, daß die Abrüstungsfrage zwei Seiten habe, eine wirtschaftliche und die der nationalen Sicherheit. In wirtschaftlicher Beziehung sei Großbritannien Industrieland, mit gleichen Schwierigkeiten wie die anderen Länder. Was die Frage der nationalen Sicherheit betreffe, so lägen hier die Dinge so, daß **jedes Land die Rüstung des anderen überwache und aus Furcht vor der Rüstungsvermehrung der anderen die eigenen verstärke.** Die einzige Möglichkeit, die allgemeine Rüstungsverminderung zu verwirklichen, sei die Schaffung allgemeiner Sicherheit. Großbritannien sei bereit, mit allen Kräften an der Aufgabe der Kommission mitzuwirken.

Nach Cecil sprach der **deutsche Vertreter Graf Bernstorff:** Regierung und öffentliche Meinung in Deutschland haben mit viel Interesse und Sympathie alle Versuche des Völkerbundes zur Herabsetzung der Beschränkung der Rüstungen verfolgt. Wenn diese Versuche bis jetzt noch keinen Erfolg gehabt haben, so hoffen wir, daß diese Konferenz eine neue Aera einleiten wird, in der kein Wettrüsten mehr stattfindet, sondern ein friedlicher Kampf der Völker auf kulturellem Gebiet. Geben schon die allgemeinen Gründe genug Anlaß zur Hoffnung, daß diese Konferenz zu einer Begrenzung und Herabsetzung der Rüstungen führen wird, so bringt Deutschland dieser Frage ein ganz besonderes Interesse entgegen. In der Präambel zum Teil 5 des Vertrages von Versailles geht dem die Abrüstung betreffenden Kapitel eine Erklärung voraus, daß diese Maßnahme zur Ermöglichung einer allgemeinen Abrüstung getroffen wird, und bekanntlich haben am 18. Juni 1919 die Vertreter Deutschlands und der alliierten Mächte einen Schriftwechsel geführt, aus welchem in durchaus klarer Weise hervorgeht,

daß die Abrüstung Deutschlands das Vorspiel einer planmäßig allgemeinen Abrüstung durch den Völkerbund sein sollte, die übrigens ausdrücklich durch das Protokoll von Locarno vorgesehen ist.

Auf Grund der erwähnten Vereinbarungen hat das deutsche Volk vollkommen abgerüstet, und seine Streitkräfte reichen zur Garantie seiner nationalen Sicherheit im Sinne des Artikels 8 der Völkerbundsakte nicht mehr aus, eine Bestimmung, die andererseits alle Mitglieder des Völkerbundes zur Abrüstung verpflichtet.

Wie die Initiative der deutschen Regierung, die zum Locarno-Abkommen geführt hat, zeigt, ist unsere Außenpolitik, wie ich erneut feststellen möchte, vollständig von dem Vertrag und dem Geist von Locarno getragen. In dem gleichen Geiste müssen wir an die Lösung der Abrüstungsfrage herangehen, der wichtigsten Frage, die der Völkerbund jemals zu lösen haben wird. Ohne Abrüstung wird der Völkerbund niemals erfolgreich arbeiten können. **Solange es auf der einen Seite übermäßig gerüstete Völker gibt und wiederum andere, deren Rüstungen nicht einmal für ihre eigene Sicherheit ausreichen, wird die Durchführung der Völkerbundsfassung erheblichen Schwierigkeiten begegnen.**

Nach dem Vertreter Deutschlands sprach der amerikanische Vertreter, Gibson. Er erklärte: Die Regierung der Vereinigten Staaten werde jede Maßregel unterstützen, die die Erreichung des Zieles machen könne. In der Ueberzeugung, daß die übertriebenen Rüstungen eine wesentliche Kriegsursache seien, habe die Regierung der Vereinigten Staaten seinerzeit die Washingtoner Konferenz von 1921 einberufen. In der Absicht, **jeden weiteren Versuch zur Herbeiführung der Rüstungsbeschränkung zu unterstützen,**

habe der Präsident die Delegation angewiesen, die Arbeiten der Kommission auf das nachdrücklichste zu fördern.

Bei der Besprechung der Einzelheiten kam man zur Frage 1. Sie lautet: **„Was versteht man unter dem Ausdruck Rüstungen?"** und fordert u. a. die Definition der verschiedenen Faktoren militärischer, wirtschaftlicher und geographischer Natur. Als erster Redner sprach Lord Cecil. Er warnte davor, eine zu tiefgehende Untersuchung dieser Begriffe vorzunehmen. Dies würde unzweckmäßig sein. Man solle die Untersuchung beschränken auf die tatsächliche Kraft, die einem Lande im Augenblick des Krieges zur Verfügung stände.

Breitensträters Niederlage in Paris

Paris, 18. Mai.

Der Boxkampf zwischen Breitensträter und dem französischen Schwergewichtsmeister Francis Charles, der heute abend im Wintervelodrom stattfand, nahm einen völlig unerwarteten Verlauf. Breitensträter, der sehr nervös war und sich viele Blößen gab, wurde in der zweiten Runde durch k. o. besiegt. Ein mächtiger Schlag in das Gesicht hatte ihn zu Boden gestreckt. Der Kampf hatte nur sechs Minuten gedauert. Der Jubel des Publikums war unbeschreiblich.

Schnelldienst

An der gestrigen Pariser Börse setzte sich die Abwärtsbewegung der Francswährung fort. Für 100 Reichsmark wurden 825 französische Francs bezahlt.

Im preußischen Landtag konstituierte sich am Dienstag nachmittag der besondere Ausschuß, der die Groß-Hamburg-Frage behandeln soll.

Reichskanzler Dr. Marx hat dem sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Hermann Müller-Franken zu seinem 50. Geburtstage telegraphisch die Glückwünsche der Reichsregierung ausgesprochen.

Reichskanzler a. D. Dr. Wirth ist gestern von seiner russischen Reise zurückgekehrt und hat bereits am gestrigen Nachmittag wieder an den Verhandlungen im Reichstag teilgenommen.

Die am 15. Dezember 1925 zugunsten der deutschen Notlhilfe ausgegebenen besonderen Wohlfahrtsbriefmarken zu 5, 10 und 20 Pfennig mit Reichs- und Länderwappen verlieren mit Ablauf des Monats Mai 1926 ihre Gültigkeit zum Freimachen von Postsendungen.

Halbamtlich wird aus Wien mitgeteilt, daß die Regierung mit Rücksicht auf die Bestimmungen des österreichischen Strafgesetzes dem Plan der Errichtung einer Spielbank auf dem Semmering durchaus ablehnend gegenüberstehe.

Am Dienstag, dem 25. Mai, werden in Bern die schweizerisch-deutschen Handelsvertragsverhandlungen wieder aufgenommen werden.

Der Vorstand des Generalrats der belgischen Sozialistischen Partei hat der Bildung eines Kabinetts Jaspar mit vier Katholiken, vier Sozialisten, einem Liberalen und Francqui als Finanzminister zugestimmt.

Gegen die Nutznießer der Wirtschaftskrise

Noch immer kein Konjunkturumschwung — Die Reichsbank fordert Zins- und Provisionsabbau — Gegen Sabotage der Diskontermäßigungen

Von

Dr. Adolf Roeder

Die Erwartung, daß die wirtschaftliche Lage eine durchgreifende Besserung erfahren würde, hat sich bis jetzt nur in sehr bescheidenem Umfange erfüllt. Leider erweist sich die Krise als so zähe, daß die Bemühungen, ihrer Herr zu werden, nur mäßige Erfolge aufzuweisen haben, zumal da der Kampf gegen die Wirtschaftsnot teilweise nicht mit genügendem Nachdruck geführt wird. Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang und angesichts des Rücktritts des Reichskanzlers Luther daran zu erinnern, daß beispielsweise der so oft angekündigte Preisabbau immer noch in den Anfängen steckt, obwohl er seit Jahr und Tag verkündet worden ist. Von einer planmäßig durchgeführten Aktion hat man nichts gehört, und auch die Proklamation des Kampfes gegen die Kartelle, der gleichfalls in der Richtung einer Preissenkung wirken sollte, hat wohl Hoffnungen geweckt, jedoch nicht erfüllt. Es bleibt also nichts anderes übrig, als zu dem Gedanken Zuflucht zu nehmen, daß unter der Herrschaft des jetzt neugebildeten Kabinetts Marx endlich die großen Versprechungen eingelöst werden, die schon vor langer Zeit gemacht wurden. Das ist freilich in der heutigen Zeit der Zusammenbrüche von Firmen auf allen Gebieten, von Betriebseinschränkungen und Betriebsstillegungen und in einer Zeit andauernd starker Arbeitslosigkeit außerordentlich wenig. Dennoch hätte es keinen Sinn, jede Hoffnung auf einen Umschwung in der Wirtschaftslage aufzugeben, da verschiedene Anzeichen dafür sprechen, daß auch von offiziellen Stellen aus immer wieder versucht wird, die Krise durch geeignete Maßnahmen zu überwinden.

Schon oft hat die Reichsbank bei solchen Bestrebungen die Initiative ergriffen und Entschlußkraft bewiesen. Sie hat jetzt von neuem in den Gang der Entwicklung eingegriffen, indem sie die Bekämpfung der Krise durch einen weiteren energischen Abbau der Zins- und Provisionssätze, der auch an dieser Stelle schon oft und nachdrücklich gefordert worden ist, unternimmt. Das Reichsbankdirektorium richtete vor wenigen Tagen an die Vereinigungen von Banken und ähnlichen Kreditinstituten ein Schreiben, in dem hervorgehoben wurde, daß die Diskontermäßigungen der Reichsbank und die allgemeine größere Geldflüssigkeit ganz offensichtlich in den Sätzen, die im Verkehr mit dem letzten Kreditnehmer zur Anwendung gelangen, nicht in ausreichendem Maße Berücksichtigung finden. Die Reichsbank stellt damit eine Tatsache fest, die allgemein bekannt ist und schon viel Erbitterung hervorgerufen hat. Es kommt gar nicht so selten vor, daß Geldgeber sich um die Herabsetzung der offiziellen Zinssätze recht wenig kümmern und nach wie vor ihren Schuldnern Zinsen und Provisionen abverlangen, die in der heutigen Zeit völlig ungerechtfertigt und nur geeignet sind, der Wirtschaft Geldmittel vorzuenthalten oder die Produktion ungebührlich zu verteuern. Derartige Klagen sind auch der Leitung unseres Zentralnoteninstituts wiederholt zu Gehör gekommen, und es ist zu begrüßen, daß diesen Beschwerden nunmehr Rechnung getragen werden soll.

Wichtig wäre es allerdings, daß unverzüglich Schritte gegen Geldgeber unternommen werden, die durch ihre Zinsforderungen die Krise künstlich verlängern. Darum muß erwartet werden, daß die Erhebungen, die von der Reichs-

bank durch ihre Anstalten im ganzen Reiche vorgenommen werden sollen, mit größter Beschleunigung zur Durchführung gelangen. Man will in der Weise verfahren, daß die Reichsbankanstalten durch Rückfragen bei den örtlichen Bankvereinigungen sowie allen außerhalb solcher Vereinigungen stehenden Banken, Bankiers, Girozentralen, Spar- und Girokassen, Kreditgenossenschaften und sonstigen Kreditinstituten feststellen, wie hoch sich in erster Linie die Zins- und Provisionssätze im Ausleihungs- und Diskontgeschäft, in zweiter Linie aber auch die Zinsvergütungen für fremde Gelder zurzeit belaufen. Die Bankanstalten sind angewiesen, auf eine Zurückführung der Schuldzinsen hinzuwirken, wo diese den allgemeinen weichenden Zinssätzen nicht genügend gefolgt sind. Es fragt sich freilich, ob die Filialen der Reichsbank über genügende Druckmittel verfügen, um den Abbau der Schuldzinsen überall durchzusetzen. Sicherlich werden manche Geldgeber versuchen, auch weiterhin unzeitgemäße Sätze herauszuschlagen, und es wird vielleicht nicht zu umgehen sein, daß solche Versuche öffentlich bekanntgemacht werden, um die Betreffenden auf diesem Wege zur Abkehr von ihren bisherigen Methoden zu veranlassen. Die Reichsbank will im übrigen die Zinsfragen mit den Vertretern der Kreditinstitute aller Art in gemeinsamen Besprechungen erörtern, und man darf wohl daran die Hoffnung knüpfen, daß die soliden Firmen gleichfalls in dem von der Reichsbank angedeuteten Sinne wirken und ihren Stand von Elementen befreien, die dem Rufe der Geldgeber nur schaden können.

Allerdings wird es wohl nicht genügen, für eine Anpassung an die von der Reichsbank festgesetzten Sätze Sorge zu tragen, das Institut wird vielmehr in absehbarer Zeit sich doch noch zu einer weiteren Ermäßigung des offiziellen Diskontsatzes entschließen müssen. Während nämlich der Reichsbankdiskont 7 Prozent beträgt, ist die Notierung des Privatdiskonts am offenen Geldmarkt neuerdings bis auf 4¾ Prozent ermäßigt worden. Tatsächlich wird aber im Freiverkehr sogar mit 4% Prozent gehandelt. Es ist selbstverständlich, daß bei einer so großen Spannung zwischen dem offiziellen Bankdiskont und dem Privatsatz nur noch wenig Wechselmaterial zur Reichsbank gelangt, zumal da bei der gegenwärtigen Wirtschaftskrise das Wechselmaterial an und für sich sehr knapp ist und die Banken die Wechsel in ihrem Portefeuille behalten wegen der geringen, heute vorhandenen sonstigen Anlagemöglichkeiten. Drängt demnach die Depression in der Wirtschaft und die Situation der Reichsbank dazu, die Frage einer Diskontermäßigung bald ernsthaft in Erwägung zu ziehen, so darf freilich nicht übersehen werden, daß eine solche Maßnahme nicht bloß für die heimische Wirtschaft, sondern auch für den internationalen Geldmarkt Bedeutung hat. Man verweist dabei immer wieder darauf, daß England mit einer weiteren Herabsetzung der Bankrate vorangehen müsse. Im Hinblick auf den noch nicht in vollem Umfange beendeten Streik in England wird indes vorläufig kaum damit zu rechnen sein, daß sich die Bank von England zu einer derartigen Maßnahme entschließt. Andererseits muß betont werden, daß ein Reichsbankdiskont von 7 Prozent, nicht allein an der Belastung gemessen, die er für die deutsche Wirtschaft bedeutet, recht hoch ist, sondern auch im Vergleich mit den Sätzen in anderen europäischen Ländern. So haben heute Holland und die Schweiz einen Bankdiskont von nur 3½ Prozent, Schweden von 4½ Prozent, England und Spanien von 5 Prozent, Dänemark und Norwegen von 5½ Prozent und die Tschechoslowakei, Frankreich und Rumänien einen Satz von 6 Prozent. In Ungarn, Italien, Jugoslawien, Belgien und Danzig gilt der gleiche Diskont wie in Deutschland, in Finnland und Oesterreich beträgt er 7½ Prozent, in Portugal 9 Prozent, in Bulgarien und Griechenland 10 Prozent und in Polen sogar 12 Prozent. Amerika hat einen dem niedrigsten europäischen gleichen Satz von 3½ Prozent.

Es braucht nicht betont zu werden, daß das Heil für die deutsche Wirtschaft nicht allein von einer Ermäßigung des Diskonts und der gesamten Zins- und Provisionssätze herkommen kann. Immerhin ist sie von großer Bedeutung für die gesamte Wirtschaft und vermag unmittelbar einen Einfluß auszuüben. Gerade deshalb, weil sich sofort wenigstens eine gewisse Entspannung der schwierigen Lage einstellen dürfte, müssen die in dieser Richtung gemachten Anstrengungen energisch unterstützt werden. Zum mindesten ist es erforderlich, daß allen denen, die aus der Depression Kapital zu schlagen suchen, einmal gründlich das Handwerk gelegt wird, und das soll durch die Maßnahmen der Reichsbank erfreulicherweise geschehen.

Der „falsche Priester" Münchmeyer

Das Urteil im Borkumprozeß

Emden, 18. Mai.

Nach mehrstündigen Verhandlungen fällte das große Schöffengericht in Emden im Münchmeyer-Prozeß das Urteil. Die drei Angeklagten wurden unter Zubilligung des Schutzes des § 193 unter ausdrücklicher Feststellung, daß ihnen der Wahrheitbeweis in vollem Umfange geglückt ist, nur wegen formaler Beleidigung zu Geldstrafen von 20 bis 100 Mark verurteilt. In der Urteilsbegründung führte der Vorsitzende im einzelnen aus, daß die Bezeichnung Münchmeyers in der Broschüre als „falscher Priester" vollkommen gerechtfertigt sei. Münchmeyer habe, wie die Beweisaufnahme ergab, ein Verhalten an den Tag gelegt, das unverständlich, unglaublich, eines Priesters unwürdig, das Priesteramt und das Priestergewand entweihe, das Blut in den Adern erstarren mache.

Soweit die Beleidigungen gegen das Landeskirchenamt in Frage kommen, ist das Gericht der Auffassung des Landeskirchenamts, das auf die Bestrafung der Angeklagten keinen Wert zu legen angab, nicht gefolgt, sondern hat geglaubt, die schweren Angriffe entsprechend sühnen zu müssen. Entgegen dem Antrag des Staatsanwalts, der auf Gefängnis plädierte, erkannte es auf Geldstrafen von 100 bis 1500 Mark.

Berufung! sagt Herr Schaible. Landrat Schaible beabsichtigt, wie uns mitgeteilt wird, gegen das Pariser Gerichtsurteil, das ihn wegen groben Unfugs zu 14 Tagen Gefängnis verurteilte, Berufung einzulegen. In dem bisherigen Termin war Landrat Schaible durch seinen Pariser Anwalt vertreten. Er selbst konnte „wegen dringender Verhinderung" an der Verhandlung nicht teilnehmen.

Die Volksbundprozesse vertagt. Die Prozesse gegen die Deutschen in Oberschlesien, die Mitglieder des deutschen Volksbundes sind, sind gestern vertagt worden.

Kampf um das Republikschutzgesetz

Eine neue Entgleisung des Herrn Dr. Scholz – Angriff auf die preußische Regierung – Scharfe Entgegnung des Zentrumsredners – Der Aufhebungsantrag an den Rechtsausschuß zurückverwiesen

Herrn Dr. Scholz läßt der Ehrgeiz nicht ruhen. Kaum hat er in der Regierungskrise wenig ruhmreich von sich reden gemacht, beeilt er sich, seine Unzuverlässigkeit als Koalitionsgenosse erneut zu erweisen. Bei der Beratung eines völkischen Antrages auf Aufhebung des Republikschutzgesetzes glaubte Herr Scholz eine Attacke gegen die preußische Regierung anbringen zu können, da eben ein paar Leutchen gerupft worden sind, mit denen er es beileibe nicht verderben will. Das schlug ein. Selbst ein so bedächtiger, meist übervorsichtiger Politiker, wie der nach Marx' Uebernahme der Kanzlerschaft, wieder die Zentrumsfraktion führende Herr v. Guérard, fühlt sich veranlaßt, eine scharfe Erwiderung auf diesen volksparteilichen Seitensprung zu geben. Die Unzuverlässigkeit der Scholz-Fraktion wird immer katastrophaler.

Wenn es so weitergeht, wird nur noch übrig bleiben, eine volksparteilose Regierung der Weimarer Koalition zu bilden, den Reichstag aufzulösen und dafür zu sorgen, daß diese Enfant-terrible-Partei nur noch als Gruppchen in den Reichstag gelangt. Wir hoffen, daß Herr Marx aus früheren Erfahrungen gelernt hat, daß allzugroße Geduld schlecht gelohnt wird.

*

Auf der Tagesordnung der gestrigen Reichstagssitzung standen zunächst die **Gesetzentwürfe über die Handelsabkommen mit Spanien, Portugal, Honduras** und das Zusatzabkommen zum deutsch-französischen Handelsabkommen in zweiter Beratung. Der Auswärtige Ausschuß und der Handelspolitische Ausschuß beantragen die unveränderte Genehmigung.

Abg. Dr. **Lejeune-Jung** (Deutschnat.): Die Beanstandung des deutsch-spanischen Handelsvertrages von 1924, die zur Kündigung führte, ging keineswegs nur von der Agitation der Winzer aus, sondern entsprach den allgemeinen deutschen Interessen, da Spanien zu weit begünstigt war. Demgegenüber enthält der neue Vertrag wesentliche Verbesserungen in der Meistbegünstigung. Wir können also für den Vertrag stimmen, der für unsere Industrie und Landwirtschaft einen Vorteil bedeutet.

Abg. Frau **Sender** (Soz.) übte Kritik an der Art, wie die Handelsvertragsverhandlungen mit Spanien geführt worden sind. Die wichtigsten Interessen der Gesamtwirtschaft seien dabei verleugnet worden zugunsten einer kleinen agrarischen Gruppe. Für die Kleineisenindustrie sei sogar eine Verschlechterung gegenüber dem Provisorium eingetreten. Die Notlage der Winzer sei damit dennoch nicht behoben, denn diese Not habe andere Ursachen, als mangelnden Zollschutz. Die sachliche Beratung der Handelsverträge werde dadurch beeinträchtigt, daß viele Parteien ausgesprochene Interessentenvertreter in den Ausschuß schicken.

Die Regierung habe anerkennen müssen, daß der letzte deutsche Zolltarif zollsteigernd auf andere Staaten gewirkt hat. Der Zweck des Zolltarifs, zu einer Abtragung der Zollmauern beizutragen, sei also nicht erreicht worden.

Wenn man, wie Dr. Lejeune-Jung, Zollkonventionen will, dann könne man noch einen Schritt weitergehen und Zollfreiheit zwischen den Konventionsstaaten vereinbaren.

Abg. **Hamkens** (D. Vp.) erkennt die Tätigkeit der deutschen Delegation an, meint aber, daß der deutsch-spanische Vertrag nicht alle Forderungen der deutschen Wirtschaft erfülle. Es sei bedauerlich, daß bei manchen Exportartikeln Spanien die Einfuhr aus England, Italien und Frankreich besser behandelt als die deutsche Einfuhr. Der Redner stimmt dem Vertrag zu.

Abg. **Meyer-Berlin** (Dem.) hält den Deutschnationalen vor, daß durch ihre Schuld die Beziehungen der deutschen Industrie zum Ausland von Jahr zu Jahr mehr in Verwirrung geraten seien. Erstaunlich sei demgegenüber die Erklärung des volksparteilichen Redners, daß die Verträge auf Kosten der Landwirtschaft geschlossen seien. Der Vertrag mit Spanien biete keinen Grund zur Genugtuung. **Der Vertrag von 1925 sei besser gewesen, aber der sei auf Drängen der Deutschnationalen gekündigt worden.** Trotz aller Bedenken würden die Demokraten für den Vertrag stimmen.

Abg. **Wissell** (Soz.) betont den Rednern der Rechten gegenüber die Notwendigkeit einer Förderung des Exports im Interesse der deutschen Gesamtwirtschaft.

Abg. **v. Graefe** (Völk.) bezeichnet die in dem neuen Vertrag enthaltenen Verbesserungen als eine Rechtfertigung für den Protest der Völkischen gegen den ersten Vertrag. Die deutsche Handelsvertragspolitik verfolge leider die Linie, die Interessen der Landwirtschaft, besonders des Kleinbauerntums, den Interessen des Exports zu opfern.

Abg. **Urbahns** (Komm.) richtet Angriffe gegen die Sozialdemokraten.

Die Handelsabkommen mit Spanien, Portugal und Honduras werden gegen die Kommunisten und Völkischen, das deutsch-französische Zusatzabkommen und der deutsch-estnische Konsularvertrag gegen die Deutschnationalen, Kommunisten und Völkischen in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des völkischen

Antrags auf Aufhebung des Gesetzes zum Schutze der Republik

vom 21. Juli 1922.

Der Rechtsausschuß hat sich gegen den völkischen Antrag ausgesprochen.

Abg. **Kube** (Völk.) begründet den Antrag. Das Republikschutzgesetz sei ein unerhörtes Ausnahmegesetz, das schleunigst aufgehoben werden müsse. Der Beseitigung des Staatsgerichtshofs zum Schutze der Republik müsse schnell die Beseitigung des Schutzgesetzes folgen, damit der Willkürherrschaft Severings ein Ende gemacht wird. Die preußische Schupo sei heute nicht ein Instrument des Staates, sondern ein Instrument des bewußten Gegensatzes zur Reichswehr und zu allen vaterländischen Kreisen im Volke.

Abg. **Dr. Rosenberg** (Komm.) stimmt dem völkischen Antrag zu, wendet sich aber gegen die Begründung durch den Abgeordneter Kube. Die Parteien von rechts würden durch das Republikschutzgesetz nicht bedroht, wohl aber die Kreise von links, besonders die Kommunisten. Die Fememordorganisationen seien durch das Republikschutzgesetz in keiner Weise belästigt worden, wohl aber die Kommunisten.

Abg. **Dr. v. Freytag-Loringhoven** (Deutschnat. Vp.) stimmt dem völkischen Antrag zu und protestiert gegen die jüngste preußische Polizeiaktion gegen Claß und seine Freunde. Seit wann ist es denn Hochverrat, eine Verfassung auszuarbeiten? (Unruhe und Rufe links: Ist das nun Dummheit oder Frechheit?) Wenn monarchistische Gesinnung als Hochverrat gilt, dann muß die ganze Deutschnationale Volkspartei des Hochverrats angeklagt werden, denn keiner von uns verleugnet seine monarchistische Gesinnung. (Laute Rufe bei den Sozialdemokraten: Sie waren ja Unterstützer russischen Zaren im Kriege!) Solche Angriffe gegen den deutschen Stamm der Balten richten sich selbst. Die Putschaktion des preußischen Innenministeriums war nur möglich auf der Grundlage des Republikschutzgesetzes, darum muß dieses Gesetz fallen.

Abg. Dr. **Scholz** (D. Vp.): Meine Freunde haben im Rechtsausschuß gegen den völkischen Antrag gestimmt, weil sie eine Ueberleitung der Bestimmungen des angefochtenen Gesetzes in das allgemeine Strafrecht wünschen. Irgwelchen sind die bekannten Ereignisse in Preußen eingetreten, von denen ich im Namen meiner Fraktion feststellen darf, daß sie meine Partei aufs äußerste erregt haben, und daß ich nicht anstehe, sie mindestens der Form nach als einen groben Mißbrauch der gesetzlichen Bestimmungen festzustellen. (Lebhaftes Hört, hört! links; große Bewegung bei den Demokraten und im Zentrum.) Wir sind deshalb der Auffassung, daß nach dieser veränderten Sachlage es notwendig sein wird, die ganze Angelegenheit erneut einer Nachprüfung im Rechtsausschuß zu unterziehen mit dem Ziel, das Republikschutzgesetz so schnell wie möglich aufzuheben. (Unruhe.)

Abg. Dr. **Levi** (Soz.): Wenn der völkische Abg. Dr. Frick, ohne zu erröten, den Beschwerden seines Parteifreundes Kube über die Polizei zustimmte, so muß daran erinnert werden, **daß am 9. Oktober 1920 ein des Mordes schwer verdächtiger Mann aus München entweichen konnte mit einem falschen Paß, den er erhalten hatte durch die von Dr. Frick geleitete Abteilung der Münchener Polizei.** (Lebhaftes Hört, hört! und Pfui-Rufe links.)

Wir wissen, daß das Republikschutzgesetz total versagt hat, daß es seine Schärfe nur gegen links, nie gegen rechts gerichtet hat; aber das ist nicht die Schuld des Gesetzes, sondern derer, die es angewandt haben. (Sehr wahr! links.) **Darum stimmen wir nicht für die Aufhebung.**

Wir fragen den Staatssekretär Joel: Wo bleibt das Verfahren gegen den General v. Lossow, der nach dem Zeugnis des Generals v. Seeckt sich der Meuterei und des bewaffneten Hochverrats gegen das Reich schuldig gemacht, der ein Fünftel der ganzen deutschen Wehrmacht der Reichsregierung abwendig gemacht hat? Die Verfolgung der Hochverräter von rechts ist das Ressort des Reichsanwalts Riethammer, der dadurch gebührend gekennzeichnet ist, daß ihm im Prozeß gegen die Organisation C. die Angeklagten für seine Art der Anklagevertretung Dank sagten. Die Sühnungsbestimmung: „Verräter verfallen der Feme!" legte dieser Reichsanwalt so aus, daß damit nur der gesellschaftliche Boykott gemeint sei. (Hört! Hört! links.) Diesem Reichsanwalt Riethammer ist nun die Strafverfolgung im Falle Claß anvertraut. Jeder Jurist weiß, daß mindestens der Versuch des Hochverrats schon bei Claß und Genossen erwiesen ist.

Abg. Kube (Völk.), der in regelmäßigen Abständen langgezogen „Le — vi!" schreit, wird vom Vizepräsidenten Dr. **Rießer** unter Androhung schärferer Maßnahmen zur Unterlassung dieser Störungen aufgefordert. Von links antworten Rufe gegen den Abg. Kube: „Jakob! — Laufejungel" — Vizepräsident Dr. Rießer erteilt den Rufern Rügen.

Abg. Dr. **Levi** erklärt zum Schluß, die brutale Verfolgung der Kommunisten würde auch bei Aufhebung des Republikschutzgesetzes fortgesetzt werden. Diese Aufhebung würde aber es unmöglich machen, daß wenigstens einzelne Landesregierungen, wie jetzt die preußische, dankenswerterweise einmal energisch gegen Rechtsputschisten vorgehen kann. **Wir stimmen der nochmaligen Ueberweisung des Antrags an den Rechtsausschuß zu.**

Staatssekretär Joel vom Reichsjustizministerium: Zu der Anfrage des Abg. Dr. Levi habe ich zu erklären, daß die Verfolgung des Hochverrats, der von General v. Lossow begangen sein soll, nicht Sache des Oberreichsanwalts, sondern der bayerischen Volksgerichte ist. (Lebhafter Widerspruch links.) Die Angriffe gegen den Reichsanwalt Riethammer weise ich entschieden zurück. Der kommunistische Rechtsanwalt Hegewisch hat anerkannt, daß gerade dieser Reichsanwalt eine ausnahmsweise (!) Unparteilichkeit gezeigt hat. (Laute Rufe links: „Ausnahmsweise unparteilich!")

Abg. **Stöcker** (Komm.): Staatssekretär Joel hätte schweigen können. Er ist bekannt als der Hauptinspirator der deutschen Klassenjustiz gegen die Republik! (Vizepräsident Rießer rügt diese Bemerkung.)

Abg. **v. Guérard** (Zentr.): Der Abg. Dr. Scholz hat in der Begründung seines Antrags auf Rücküberweisung der Angelegenheit an den Rechtsausschuß gesagt, daß die Form des Vorgehens der preußischen Staatsregierung bei ihrer bekannten Aktion ein grober Mißbrauch der bestehenden Gesetze sei. (Sehr richtig! rechts.) **Ich muß sagen, daß ich es für durchaus nicht richtig halte, hier in diesem Hause einen derartigen Vorwurf gegen eine Landesregierung zu erheben.** (Beifall links und im Zentr. — „Nanu?" rechts.) **Ich muß namens meiner Fraktion diesen Vorwurf zurückweisen.** (Beifall links und im Zentr.). Ich muß das um so mehr tun, als ich zwischen dem jetzt zur Beratung stehenden Punkt und dem preußischen Vorgehen keinen Zusammenhang erkennen kann. Wenn wir für die Rückverweisung an den Ausschuß stimmen, so tun wir es nach altem Brauch nur aus Rücksicht auf den Wunsch nach einer großen Fraktion.

Die Aussprache schließt.

Der völkische Antrag wird an den Rechtsausschuß zurückverwiesen.

Um 7½ Uhr vertagt sich das Haus auf Mittwoch, 12½ Uhr: Nachtragsetat, Regierungserklärung.

Bethlen bestreitet alles

Die belastende Aussage des Abgeordneten Hir

Budapest, 18. Mai. (W. T. B.)

Im Zusammenhang mit dem Franzosfälscherprozeß hat Ministerpräsident Graf Bethlen heute nachmittag in einstündiger Zeugenaussage, auf die er bereidigt wurde, angegeben: **Ich hatte von den Franzosfälschungen keine Kenntnis.** Es hat niemals auch nur einen Augenblick gegeben, wo ich die Franzosfälschungen gedeckt oder sie mir auch nur in verschleierter Form zu eigen gemacht hätte. Graf Bethlen legte Akten vor, aus denen hervorgeht, daß er nicht nur die Mittel, sondern auch die Ziele des Prinzen Windischgrätz verurteilte. Er entkräftete ferner die Angaben des Abgeordneten Hir, mit dem er wohl im August 1923 einen Tag lang am Plattensee weile, jedoch nur zur Besichtigung eines anzukaufenden Gutes, wobei Hir als Vermittler wirkte. **Einen Freibrief hat Bethlen nach seiner Aussage niemals ausgestellt.**

*

Die Aussage des Abgeordneten Hir, auf die sich Bethlen bezog, sei der Vollständigkeit halber angeführt. Hir ist krank, und wurde im Hospital vernommen. Er erzählt, daß er im August **von Bethlen in Gegenwart des Radoffy einen Brief verlangt und erhalten hat, in dem zum Ausdruck gebracht wird, daß die Regierung die besprochene irredentistische Aktion billige und die Herstellung der Scheine gestatte.**

Staatsbankwirtschaft

Wie Rühe mit Staatsgeldern umging

In der gestrigen Kutisker-Verhandlung erschien wieder Dr. Rühe als Zeuge. Er erklärte, daß er persönlich nicht geprüft habe, ob für die Kutisker gegebenen Darlehen die notwendige Deckung vorhanden war. Er habe sich auf das ihm unterstellte Personal verlassen. Später habe sich dann herausgestellt, daß statt der vorgeschriebenen dreifachen Deckung für einen Kredit von einer Million nur eine Deckung von 500 000 Mark vorhanden war. In den Monaten Februar, März und April hat Dr. Rühe, das erfährt man dann, der Steinbank für sieben Millionen Wechsel diskontiert, von denen drei Millionen bezahlt worden sind. **Die Wechsel sind allen Vorschriften zuwider Kutisker zur freien Verfügung gestellt und diskontiert worden, obgleich sie nur als Deckung für bereits gegebene Kredite dienen sollten.** — Vors.: So etwas kann doch nur geschehen, wenn die Beamten bestochen werden. — Dr. Rühe: Bei den Beamten in der Lombard- und Korrespondenzabteilung sind viele schwere Verfehlungen vorgekommen.

Vors.: Bei wem haben Sie sich denn über die Wechsel der Kutiskerschen Tochtergesellschaften erkundigt? — Dr. Rühe: **Bei Kutisker selbst.** Wir hatten das Vertrauen, daß er uns richtig informierte. — Vors.: Keine Privatbank hätte einen Pfennig auf derartige Auskünfte gegeben. Ist denn die Staatsbank bei diesem System nie hereingefallen? — Dr. Rühe: Gewiß sind wir hereingefallen, bei Barmat zum Beispiel und vielen anderen Fällen auch. Die staatlichen Kreditanstalten hatten aber damals fast durchwegs ihr Kapital verlorenund waren bestrebt, aus eigener Kraft wieder emporzukommen. Bei normalem Geschäftsgang konnten wir das nicht schaffen. Wir mußten uns zu größeren Kreditgeschäften entschließen, auch wenn sie mit großem Risiko verbunden waren. Es reizte der hohe Gewinn und deshalb wurde die Vorsicht außer acht gelassen.

Vors.: **Sie fingen also an, in leichtsinniger Weise mit Staatsgeldern zu spekulieren, um ihre erschöpften Kassen zu füllen.**

Anfang Mai 1924 kamen einige Wechsel der Steinbank mit Protest zurück. Man erklärte Kutisker nun, die Staatsbank sei nicht gewohnt, daß Wechsel ihrer Kundschaft zu Protest gingen, man müsse die Kredite kündigen. Kutisker bekam einen großen Schreck. Die Steinbank sei festgefahren. Aber es werde schon wieder besser werden. Als Beruhigungsmittel schätzte er den Status, der 9 Millionen Plus statt 3 Millionen Minus auswies. Die Staatsbank gab weiter Geld. Und zwar u. a. auf den als gefälscht festgestellten Rizkallawechsel, der als formale Sicherheit für das Rumänengeschäft mit dem genommen wurde.

Vors.: Haben Sie sich denn nicht nach der Rizkalla-Gesellschaft erkundigt?

Dr. Rühe: Im Berliner Handelsregister stand die Firma nicht. Aber Kutisker brachte uns Plakate und Zigarettenschachteln der Firma und erklärte, sie sei eine Zweigfabrik einer Kölner Zigarettenfabrik, die mir bekannt war. — Das genügte dem Herrn Dr. Rühe von der Staatsbank!

Anarchie von oben und „dergleichen"

Wie Brüninghaus an der Oberfläche plätscherte

Im weiteren Verlauf des Korreferats, das Abgeordneter Brüninghaus (Deutsche Volkspartei) vor dem Reichstagsuntersuchungsausschuß für die Ursachen des Zusammenbruches erstattete, kritisierte er mit äußerster Schärfe die Art, wie der Abgeordnete Dittmann das Aktenmaterial für seinen Bericht verwandt habe. Brüninghaus glaubte aus den Akten herauslesen zu können, daß der Untersuchungsrichter Dr. Dobring mit den angeklagten Matrosen „sehr menschlich und wohlwollend" verfahren sei. Die beschuldigten Matrosen sind nach Ansicht des Korreferenten unwahre und verlogene Menschen, denen Dittmann zu Unrecht alles geglaubt habe. In einem Brief, den der Matrose Rebe an Dittmann schickte, heißt es: „Der Anarchie von oben muß die Revolution entgegengestellt werden." Brüninghaus triumphiert: „Die Revolution" — da haben wir ja den Beweis, daß es nicht um Verpflegungsänderung oder sonstige interne Dinge des Dienstbetriebes ging, sondern daß man revolutionäre Ziele verfolgte. Ueber den sehr vielsagenden Ausdruck **„Anarchie von oben"**, der den Schlüssel zum Verständnis für die Bewegung auf den Schiffen liefert, ging Herr Brüninghaus mit Stillschweigen hinweg. Ebenso wie der Untersuchungsrichter Dr. Dobring hatte auch sein Kollege Dr. Loesch nach Meinung des Korreferenten das Ermittlungsverfahren „vollkommen objektiv" geleitet. Es wäre keine Rede davon, betonte Brüninghaus, daß Aussagen erpreßt und Protokolle gefälscht worden wären, wie auch an keiner Stelle der Akten von einem Spitzel oder Lockspitzel die Rede wäre.

Im letzten Teil seines Korreferats beschäftigte sich Brüninghaus des langen und breiten mit den Vorgängen bei der Marine. Unter anderem verlas er einen Brief, den Matrosen der „Westfalen" an deren Kommandanten gerichtet hatten und in dem sie ultimativ Freilassung verhafteter Kameraden forderten. Brüninghaus meint, der Brief beweise, daß die ganze Bewegung nichts mehr mit irgendwelchen Verpflegungsschwierigkeiten oder dergleichen zu tun hatte. Nun, mit Verpflegungsschwierigkeiten in diesem Fall vielleicht nicht, wohl aber mit „dergleichen". **Denn es scheint,** daß die Kommandantur, um der Unzufriedenheit Herr zu werden, mit äußerster Brutalität durchgriff und auf diese Weise Oel ins Feuer goß. Daß die „Anarchie von oben" die Matrosen in immer größere Erbitterung versetzt hatte, kann Brüninghaus nicht begreifen, und so klammert er sich immer wieder an die in die Matrosenschaft von außen hereingetragene Agitation der Linkssozialisten. Sie hätte natürlich, selbst wenn sie die von Brüninghaus unterstellten Ziele verfolgt hätte, niemals einen Erfolg gehabt, wenn eben nicht durch „dergleichen", wie die „Anarchie von oben", ein günstiger Nährboden geschaffen worden wäre. Aufgabe einer vernünftigen und einsichtigen Marineleitung wäre es gewesen, den Nährboden der Unzufriedenheit durch entsprechende Maßnahmen zu beseitigen. Das wurde versäumt. Herr Brüninghaus findet auch heute noch nichts dabei. Wir anderen halten es für ein aus Dummheit und Machtkitzel geborenes Verbrechen, das zum Zusammenbruch führte.

Im Streit erstochen. Aus noch unbekannten Gründen gerieten gestern abend gegen zehn Uhr vor dem Hause Straßunder Straße 55 der 52jährige taubstumme Arbeiter Karl Rahlloff aus der Stralsunder Straße 57 mit dem Schuhmacher Theodor Urbaneck in Streit. Es kam zu Handgreiflichkeiten, in deren Verlauf Urbaneck ein Messer zog und auf seinen Gegner einstach. Rahlloff erlitt so schwere Verletzungen, daß er noch am Tatort starb.

Der preußische Notetat bewilligt

Ausklang der Putschdebatte – Die oppositionelle Volkspartei hat Angst vor der eigenen Courage: sie stimmt für den Notetat

Der preußische Landtag setzte gestern die zweite Beratung des **Notetats** fort.

Abg. **v. Eynern** (D. Vp.) stellt mit Bedauern fest, daß kein Regierungsvertreter anwesend ist. Es ist der Eindruck erweckt worden, daß sich die Regierung allein von der Parteileidenschaft hat leiten lassen. Auch in der Personalpolitik der Regierung zeigt sich immer wieder das Vorherrschen des Parteigedankens. (Stürm. Sehr richtig! recht.) Der Ministerpräsident hat keinerlei Auskunft geben können auf die präzisen Fragen meines Kollegen Eichhoff. Der peinliche Eindruck, den die Polizeiaktion hervorgerufen hat, ist durch die Rede des Ministerpräsidenten nur noch verstärkt worden. (Lebhafte Zustimmung rechts.) Die Polizei soll eine Waffe in den Händen des Staates sein, nicht aber ein Instrument einer Partei. Die Erinnerung des Ministerpräsidenten an den Kapp-Putsch war nicht am Platze. Der Ministerpräsident hat selbst zugegeben, daß sich die Polizei mit ihren Vorsichtsmaßnahmen blamiert hat. Das Vorgehen gegen die industriellen Führer war völlig unberechtigt. Der Ministerpräsident ist den Herren von der Industrie eine Genugtuung schuldig. (Lärm links.) Nachdem der Redner auf die dem Staate seiner Ansicht nach von der äußersten Linken drohenden Gefahren hingewiesen hat, die viel zu leicht genommen würden, erklärt er, seine Partei werde zwar dem Notetat zustimmen, weil er keine politische Angelegenheit darstellt. Man solle daraus aber nicht auf die Gesamteinstellung zum Kabinett Braun-Severing schließen.

Abg. **Weismann** (Deutschnat.) erklärt, durch die vorgenommenen Haussuchungen seien die Bestimmungen des Strafgesetzbuches verletzt, da die Grundlagen für diese Maßnahmen nicht vorhanden waren. Ueberall zeige sich jetzt wieder der alte Dualismus der deutschen Geschichte, über den auch Bismarck so geklagt hat. Schuld daran sei die Revolution, die aus Meineid und Hochverrat geboren wäre (große Unruhe; Unterbrechungen und Gelächter links). Wenn nicht alles täusche, fänden wir am Vorabend einer neuen revolutionären Welle.

Abg. **Pieck** (Komm.) erklärt, die Vertreter der Regierungsparteien hätten sich in dieser Debatte nicht als Ausbund von Klugheit gezeigt. Es müsse endlich einmal aufgeräumt werden mit jenen Burschen, die in der Reichswehr und in der Beamtenschaft die Monarchie wieder aufrichten wollen.

Die Aussprache wird dann unterbrochen, und es folgen **Abstimmungen zum Kultushaushalt.**

Annahme findet ein Antrag auf Errichtung von Schülerheimen bei Aufbauschulen. Der Zusatzantrag des Zentrums, die Vorschule konfessionell zu gestalten, wurde abgelehnt.

Angenommen wird der Antrag, daß jede öffentliche Schule eine Reichsflagge besitzen muß und sie bei bestimmten Anlässen zu hissen hat.

Nach angenommenen Anträgen soll den Privatschulen eine gesetzmäßige Grundlage gegeben und Härten bei Auflösung der Privatschulen durch finanzielle Mittel ausgeglichen werden. Die Anträge, die sich auf die Erhöhung des Schulgeldes beziehen, werden dem Hauptausschuß, die Anträge auf höhere Besoldung der Beamten dem Beamtenausschuß überwiesen.

Bei den Abstimmungen über den Forstetat wurde in namentlicher Abstimmung der kommunistische Antrag abgelehnt, alle Forstarbeiten in eigener Regie auszuführen, die Akkordarbeit zu verbieten und den Arbeitern und Angestellten Wetterpelerinen zu liefern.

Die Aussprache zum Notetat wird fortgesetzt.

Abg. **Pieck** (Komm.) erklärt, das Ziel des Proletariats werde sein die Beseitigung der Republik der Bourgeoisie und die Schaffung der Republik der Arbeitermacht.

Abg. **Dr. Körner** (Wirtschaftsp.) bezeichnet das Vorgehen der Polizei als Verfassungsbruch. Der gegenwärtige Staat sei kein Rechtsstaat.

Damit schließt die Besprechung. **In der Abstimmung wird der Notetat in zweiter Lesung gegen die Deutschnationalen und Kommunisten angenommen.** Gegen den Nothaushalt des preußischen Staatsministeriums stimmt auch die Deutsche Volkspartei.

In der dritten Lesung und der Schlußabstimmung wird der Notetat jedoch gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten angenommen.

Der Antrag der Regierungsparteien, der Einflußnahme Preußens auf das Reich für ein Ausführungsgesetz zum Artikel 48 der Reichsverfassung fordert, wird angenommen. Die Kommunisten haben die Annahme durch Stimmenthaltung ermöglicht. (Heiterkeit.)

Der Antrag der Deutschen Volkspartei, der Genugtuung für die Persönlichkeiten fordert, bei denen „unbegründet Haussuchungen vorgenommen" worden seien, und der weiter die Bestrafung der verantwortlichen Beamten fordert, wird **in namentlicher Abstimmung mit 144 Stimmen gegen 216 Stimmen abgelehnt.** Ablehnung findet auch der Antrag, einen ähnlichen deutschnationalen Antrag dem Rechtsausschuß zu überweisen.

Abg. **Heilmann** (Soz.) stellt fest, daß sämtlichen Parteien des Hauses bei der Abstimmung zum Notetat ein Irrtum unterlaufen sei. Die Parteien der Rechten hätten, entgegen ihrem Wunsche, für die Erhöhung der Aufwandsentschädigung für die Pressestelle der Staatsregierung, die Regierungsparteien aus Versehen dagegen gestimmt. Sein Antrag auf nochmalige Abstimmung wird abgelehnt.

Das Haus vertagt sich auf Mittwoch 11 Uhr: Hauszinssteuer.

Hetze gegen den Roten Frontkämpfertag

Eine Verwahrung des Polizeipräsidiums

Das Polizeipräsidium teilt mit: Ein Berliner Spätabendblatt bringt in großer Aufmachung die Nachricht, daß der Polizeipräsident wohlwollend und endgültig das Pfingstmeeting der Kommunisten genehmigt habe und veröffentlicht im Anschluß daran Einzelheiten über angebliche Vorbereitungen der Schutzpolizei und eine Verwendung der Reichswehr. Diese Veröffentlichungen stellen, da sie völlig frei erfunden und zum Teil direkt abfurd sind, eine unverantwortliche Beunruhigung der Bürgerschaft dar, die auf das allerschärfste zu verurteilen ist.

Zunächst kann keine Rede davon sein, daß der Polizeipräsident das Pfingstmeeting der Kommunisten genehmigt hat. Die Tagung des Roten Frontkämpferbundes ist vielmehr verfassungsrechtlich zulässig, und hätte allenfalls verboten werden können. Da es sich jedoch um eine einfache Tagung handelt, wie etwa um die ebenfalls zu Pfingsten stattfindende Tagung des Stahlhelms in Düsseldorf, und da keinerlei Anhaltspunkte dafür gegeben sind, daß die öffentliche Ruhe, Sicherheit und Ordnung gefährdet wird, so fehlen die nach Artikel 123, Abs. II der Verfassung erforderlichen rechtlichen Voraussetzungen für ein solches Verbot.

Wenn in der Veröffentlichung dann gesagt wird, daß zu Pfingsten 14 000 Mann Schutzpolizei 80 000 Kommunisten gegenüberständen, so ist diese Gegenüberstellung besonders bedauerlich und absolut irreführend. Denn einmal verfügt die Polizei in Berlin nicht nur über mehr als 14 000 uniformierte Beamte, sondern auch noch über mehrere tausend Nichtuniformierte. Zum anderen aber sind die Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes unbewaffnet und dürfen gemäß Polizeiverordnung, wie seit langem schon, selbstverständlich auch an diesem Tage weder mit Stöcken, noch überhaupt mit Waffen auftreten. Natürlich gilt dieses Stock- und Waffenverbot, das unter allen Umständen durchgeführt wird, auch für die von auswärts nach Berlin kommenden Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes, für die die Reichsbahn bekanntlich Sonderzüge bereitgestellt hat. Die Schutzpolizei ist im übrigen bei etwa vorkommenden Ruhestörungen leicht in der Lage und unter allen Umständen bereit, die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu gewährleisten. **Sie ist daher auch in keiner Weise irgendwie an die Reichswehr wegen einer Unterstützung herangetreten.** Ein selbständiges Eingreifen käme überhaupt nur im Falle der Verhängung des formalen Belagerungszustandes in Frage. **Für die Berliner Bevölkerung liegt, da die Polizei für alle Eventualitäten ausreichend gesichert ist, durchaus kein Grund zur Beunruhigung vor und jeder Versuch, solche Beunruhigung künstlich hervorzurufen, muß auf das entschiedenste verurteilt werden und richtet sich von selbst.**

*

Es ist dazu nur noch zu sagen, daß die Rechte, die in Reden und Artikeln von der kommunistischen Gefahr wieder in allen Tonarten erzählt, nichts weiter als ein Ablenkungsmanöver vor hat, nachdem die Oeffentlichkeit die wirklichen Unruhestifter eben wieder zur Genüge kennengelernt hat.

Deutsche Bergarbeiter in Verdun

Der schuldige Tribut den Toten

Paris, 18. Mai.

Wie aus Verdun gemeldet wird, sind dort am Sonntag 150 deutsche Bergarbeiter als Vertreter des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands eingetroffen. Nach dem Besuch der Schlachtfelder von Douaumont und Vaux begaben sich die deutschen Bergarbeiter nach der Massengrabstätte, wo der Vorsitzende des Bergarbeiterausschusses des Saargebiets, Kuhnen, eine kurze Ansprache hielt. Er sagte unter anderem: Wir sind nicht aus Neugierde hierher gekommen, auch nicht um eine Demonstration zu veranstalten, sondern einzig und allein um den Tribut zu bezeugen, den wir den Toten schulden. Wir erkennen es vor allen Kriegsopfern für unsere Pflicht als Christen, uns um die Einigkeit unter den Völkern zu bemühen. Alle Vorsitzenden der verschiedenen deutschen Bergarbeitervereine und der internationalen Verbände werden ihr möglichstes tun, um einen wahren Weltfrieden herzustellen.

Eins, zwei, drei, g'suffa!

München, 18. Mai.

Zur Feier des Geburtstages des Kronprinzen Rupprecht veranstaltete die bayerische Königspartei eine Feier im Löwenbräukeller. Der Vertreter des Hauses Wittelsbach, Prinz Alfons, wurde stürmisch begrüßt. Aus den verschiedenen Reden, die an diesem Abend gehalten wurden, verdient die Versicherung hervorgehoben zu werden, was Meineid 1918 geschaffen, könne von Rechts wegen nimmer Bestand haben! Die deutschen Stämme taugten nicht für eine Republik. Die Hauptrede gipfelten in dem von der Versammlung mit Rufen „Heil König Rupprecht!" aufgenommenem Verlangen: „Wir fordern unseren König wieder!" Die Feier schloß mit dem Vortrag eines von einem Oberregierungsrat (!) verfaßten Festspruches, durch eine als Viktoria maskierte Hofschauspielerin, die einen Lorbeerkranz an der Büste des Kronprinzen niederlegte!

Der unbequeme päpstliche Delegat

Ausweisung des päpstlichen Vertreters aus Mexiko

Mexiko City, 17. Mai.

Die mexikanische Regierung hat die Ausweisung des Reverend George J. Carnuana, des päpstlichen Vertreters in Mexiko, angeordnet. Der Geistliche wird ausgewiesen, weil er, wie die mexikanische Regierung angibt, in nicht ordnungsmäßiger Weise nach Mexiko gekommen sei, indem er seine Identität und den Zweck seiner Mission verheimlicht habe. Mr. Carnuana ist amerikanischer Staatsangehöriger. Der Chef der mexikanischen Einwanderungskontrolle wurde seines Dienstes enthoben.

TRAGT FARBIGE SALAMANDER

SALAMANDER-SCHUHE
SIND SCHÖN, GUT UND PREISWERT

SALAMANDER

MARKE SALAMANDER

Glaubliches, allzu Glaubliches!

Der neue „Fall Lessing" in Hannover

Unglaubliches ist geschehen. Doch halt: das ist falsch. Unglaubliches gibt es in Deutschland nicht mehr; selbst die früher unglaublich erschienene Schlappheit von Behörden gegen Landfriedensbrecher und Straßenräuber ist heute eine traurige Selbstverständlichkeit geworden — sobald die Verbrecher sich „national" gebärden.

Also schlicht und einfach: Folgendes, leider sehr Glaubliche, ist geschehen. An der Technischen Hochschule zu Hannover lehrt seit vielen Jahren Professor Theodor Lessing, ein ziemlich weltabgewandter Gelehrter, in seinen Gedankengängen nicht immer leicht verständlich, oft etwas „perstiegen"; aber eine reine, menschlich achtenswerte Persönlichkeit. Mit einem gewissen Starrsinn nur seiner Ueberzeugung dienend, ohne Rücksicht auf Stellungs- und Geldvorteile — deshalb auch nie auf den „grünen Zweig" gekommen — kurz: ganz das, was man gewöhnlich bewundernd einen Charakter nennt. Anläßlich der Präsidentenwahl Hindenburgs hatte Lessing eine sachlich scharfe, aber formell anständige Kritik an Hindenburg veröffentlicht, wie sie seiner Ueberzeugung entsprach. Tausende haben in jener Wahlbewegung viel klobiger über Hindenburg gesprochen und geschrieben — kein Hahn krähte danach. Aber Lessing wurde von rechtsradikalen Studenten mit beispiellosem Fanatismus verfolgt. Lange mußte er seiner Lehrtätigkeit fernbleiben, weil ihn die Hochschule — man stelle sich das recht deutlich vor! — vor den rabiaten Schülern nicht schützen konnte.

Als er kürzlich seine Vorlesungen wieder aufnahm, gab es eine, auf deutschen Hochschulen wohl noch nicht dagewesene Ausschreitung studentischen Rowdytums. Lessing wurde niedergeschrien, selbst der Rektor konnte sich den schreienden und schimpfenden Lümmeln gegenüber nicht durchsetzen. Der Beschimpfte brach schließlich nach einer loyalen Frage seinen Vortrag ab. Schon dieser Sieg des Lümmeltums war unerhört, aber doch erst ein kleiner Anfang. Auf der Straße, in einem öffentlichen Lokal wurde Lessing von vierzig Studenten derartig beschimpft, daß er eine Straßenpatrouille der Schutzpolizei um Hilfe anrufen mußte. Wurden die „tapferen" Vierzig nun wenigstens von der Polizei, die sofort eine Bereitschaft hätte herbeirufen müssen, hinter Schloß und Riegel gebracht? Keine Spur! Sie konnten sich auf hundert vergrößern und bewarfen Lessing und seine Begleiter — auch Damen — mit Schmutz und Steinen. Der Professor wurde verhindert, eine Straßenbahn zu besteigen, ein vom Rektor der Hochschule bestelltes Auto wurde gestürmt; erst in einem zweiten Auto und durch einen Kellergang der Hochschule konnte der Verfolgte diesem abscheulichen Schauspiel entzogen werden. Der Rektor beklagte, daß ein Schutz an diesem Tage nicht möglich gewesen wäre; er werde aber künftig dafür sorgen.

Die Schamröte muß jedem ins Gesicht steigen, der von dieser Schande deutscher „Studenten" gegen einen andersdenkenden Lehrer liest. Schande aber auch über öffentliche Behörden, die solchen Skandal nicht mit der sofortigen Verhaftung jener Landfriedensbrecher beantwortet haben. Was anderes soll ein Verbrechen sein, wenn nicht dies? Hätten sich kommunistische oder auch nur gemäßigte republikanische Studenten als so gemeingefährliche Rüpel gegen einen monarchistischen Professor benommen, sie säßen jetzt im Kerker und hätten in drei Wochen mindestens einen Landfriedensbruchprozeß mit schweren Gefängnis- oder Zuchthausstrafen am Halse. Aber Lessing ist Republikaner, und deshalb natürlich vogelfrei in der Republik. Hohe Staatsbeamte und hohe Richter haben den Reichspräsidenten Ebert persönlich mit Schmutz beworfen: sie sitzen heute noch in Amt und Würden. Lessing hat einen andern Präsidentenkandidaten sachlich kritisiert: er wird in der gemeinsten Weise verfemt. Der Staat kann seine Lehrer nicht vor rüpelhaften Schülern schützen; er duldet Straßenjungen an einer Hochschule, betraft sie nicht mindestens mit sofortiger Verweisung von allen Anstalten. Eine kaum faßbare Tatsache.

Ganz gleich, wie man politisch zu Professor Lessing steht — auch wir teilen die Gesamtheit seiner Anschauungen nicht —: wenn Kultus- und Polizeiministerium hier nicht die Wurzeln des Rüpelturns ausrotten, dann geht der letzte Rest staatlicher Achtung vor die Hunde.

Hagel in Mittelschwaben

Meterhohe Wellen auf dem Bodensee durch Föhnsturm

Augsburg, 18. Mai. (Privat.)

Zwei wolkenbruchartige Hagelgewitter, die über Augsburg und Mittelschwaben niedergegangen sind, richteten an den Gemüse-, Obst- und Baumkulturen großen Schaden an. Teilweise sind durch die taubeneigroßen Schloßen alle Ernteaussichten vernichtet worden, nachdem der andauernde Maifrost schon genug zerstört hat. Auf dem Bodensee brach ein furchtbarer Föhnsturm aus, welcher meterhohe Wellen erzeugte. Eine große Anzahl von Segelbooten konnte noch rechtzeitig in Sicherheit gebracht werden.

Ein Ausflüglerauto abgestürzt

Die 36 Insassen teils schwer verletzt

Breslau, 18. Mai.

An der Brücke bei Röchlitz stürzte ein Lastauto mit Mitgliedern des Gesangvereins aus Strauptitz die Böschung hinab. Die 36 Insassen erlitten Verletzungen, zum Teil schwerer Art.

*

Rom, 18. Mai.

Das Postautomobil von Foligno nach dem Monte Falco in Umbrien, auf dem 13 Personen Platz genommen hatten, stürzte infolge Platzens eines Reifens in einer Kurve um. Alle Insassen wurden verletzt. Ausländer befinden sich nicht darunter.

Der Po fällt

Der Zugverkehr wieder aufgenommen

Piacenza, 18. Mai.

Der Po fällt seit 6 Uhr morgens stündlich zwei Zentimeter. Der Zugverkehr ist wieder aufgenommen worden.

Die Entwicklung der faszistischen Gewerkschaften. Der römische „Popolo d'Italia" berichtet, daß in den faszistischen Gewerkschaften im Jahre 1924 1,764 303 Personen eingeschrieben waren, im Jahre 1925 aber 2,150 511, also eine Zunahme von 386 198 zu verzeichnen sei, und zwar noch vor Inkrafttreten des faszistischen Gewerkschaftsgesetzes.

Die Kollegen-Feme gegen Großmann

Rechtsgesinnung: „unpolitisch" und lobenswert — Linksgesinnung: „demagogisch" und minderwertig

Die Nationalisten sind unbelehrbar. Das muß eine Art Naturgesetz sein. Selbst Richter, die schon beruflich an logisches Denken gewöhnt sein sollten, versagen da vollständig. Sie halten und bezeichnen genau wie die gewöhnlichen Feld-, Wald- und Wiesennationalisten die Rechtsgesinnung und den Monarchismus für unpolitisch und gut, die Linksgesinnung und das Republikanertum aber für parteipolitisch und verwerflich. Und das in einem republikanischen Staatswesen, dem sie vorgeblich treu dienen.

Ganz deutlich geht dieses Zerrbild logischen Denkens aus einer Antwort hervor, die der Vorsitzende des Preußischen Richtervereins auf den kürzlich besprochenen offenen Brief des Senatspräsidenten Dr. Großmann nunmehr erteilt hat. Es lohnt nicht, auf die Treueversicherung des Vorsitzenden gegenüber der Weimarer Verfassung einzugehen, denn die Tatsache der verschiedenen Behandlung von Monarchisten und Republikanern vor der Mehrzahl deutscher Gerichte spricht so deutlich, daß die paar besseren Ausnahmen um so mehr auffallen. Daß Dr. Großmann mit der kleinen Anzahl republikanisch empfindender Richter diese Tatsache wiederholt festgestellt hat, nennt der Vorsitzende des Preußischen Richtervereins „demagogische Polemik", das bezeichnet er als Angriff auf die richterliche Unabhängigkeit. Er sieht gar nicht oder will nicht sehen, daß nicht die Kritiker der traurigen Tatsache, sondern die Verursacher der parteiisch nach rechts lautenden Richtersprüche Ansehen und Unabhängigkeit der Justiz untergraben. Er verurteilt die, die vor dem Schaden warnen, nicht die, die ihn geschaffen haben. Die alte Taktik: der Brunnen wird erst zugedeckt, nachdem das Kind hineingefallen ist.

Was soll man dazu sagen, daß jener Vorsitzende nicht gegen seine monarchistischen Kollegen, die Republikaner von vornherein für schlecht und verurteilenswert halten, sondern gegen den Republikaner Großmann die Anklage erhebt: Richter, Recht, Staat und Volk aufs schwerste geschädigt zu haben. Solche Naivität entwaffnet. Sie kann kaum noch übertroffen werden durch die Versicherung, daß deshalb 12 000 preußische und deutsche Richter seit langem von Großmann „abgerückt" seien, nicht wegen seiner politischen Gesinnung. Ja, weshalb denn sonst? Hat Großmann silberne Löffel gestohlen oder andere Ehrenrührigkeiten begangen? Nein. Also bleibt doch für jeden, der nicht blind ist, nur die eine Ursache für das distanzierende „Abrücken" übrig: daß eben Großmann gewagt hat, seine republikanische Gesinnung nicht nur insgeheim zu haben, sondern auch öffentlich zu bekennen. Das ist es, was die angeblich „unpolitischen", in Wahrheit rechtsparteiischen Richter ärgert, deswegen Diffamieren sie ihre republikanischen Kollegen; alles andere sind Redensarten, um diese Hauptsache zu verschleiern. Man sollte aber doch denkfähige Menschen nicht für so töricht halten, daß sie jene Hauptsache nicht erkennen.

Verantwortliche Redakteure: für Politik, Feuilleton und die Beilagen: Alfred Müller-Heyd; für Groß-Berlin und den übrigen Teil des Blattes: Heinrich Deppenheimer; für den Inseratenteil: Paul Grätz; sämtlich in Berlin. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortung.
Druck und Verlag: Rudolf Mosse, Berlin.
Heute: „Illustrierte Film-Zeitung"

• Theater • Konzerte •

Staatstheater.
Opernhaus. Geschlossen.
Schauspielhaus. 8 Uhr: 119. V. **Die Journalisten** Schillerth. Charlbg 8 Uhr: **Kyritz-Pyritz**
Oper am Königsplatz 7½ Uhr: 29. R. S. **La Traviata**

Direktion Max Reinhardt
Deutsches Theater. 8 Uhr: Norden 10334—36 **Viktoria** von Maugham / Musik: Mischa Spoliansky. Regie: Max Reinhardt. Darvas, Denera, Pauly, Gandorf, Bois, Waßmann, Hollmann, Otto, Romanowsky.
Kammerspiele. 8 Uhr: Norden 10334—35 **Week-end (Lieber'n Sonntag)** von Noel Coward / Regie: Erich Engel. Valetti, Güstorff, Spira, Brauewetter, Hell, Bildt, Evans, Wieman, Pagay.
Die Komödie. 8 Uhr: Bismarck 2414/7516 **Theater!....** Drei Einakter von Franz Molnar. Regie: Eugen Robert. Orsla, Abel, Denera, Mosheim, Diegelmann, Franck, v. Meyering, Schrott, Waßmann.

Barnowsky-Bühnen
Th. Königgrätzer Str. Tel.: Hasenheide 2110 8: Dr. Schmidt.
Komödienhaus. Norden 6304. 8: Der Garten Eden.
Die Tribüne. Wilhelm 5350. 8¼: Der Rubicon.

Volksbühne.
Th. am Bülowplatz. 8 Uhr: **Judith** Widmann, Mewes, Reuss, Granach, Hannemann, Venohr
Th. am Schiffbauerd. 8: Die Freier Stetter, Simon, Henckels, Rappard, Schwannecke, Wäscher.

Neues Theater am Zoo. Täglich 8 Uhr: **Der alte Dessauer** Operette in 3 Akten. Preise 0,50—6,00 Mk.

Berliner Theater. 8¼ Der sensationelle Erfolg 8¼ **Hilde Wörner** in **Donnerwetter — ganz famos!** Musik von Walter Bromme. Beachten Sie die kleinen Sommerpreise. Orchestersitz ..... 6,— M. Parkett-Fauteuil ..... 4,— „ I. Rang 3,— M., Part. 2,— „ II. Rang 1,— M. Vorverkauf ab 11 Uhr ununterbr.

Städtische Oper. Mittwoch, 19. Mai, abends 8 Uhr: Abonnementsturnus II: Nussknacker-Suite. Tanz-Suite. Der grosse Krug. Die Opernprobe.

8 Uhr. Lessing-Theater. Gastspiel der Saltenburg-Bühnen. **Der fröhliche Weinberg** Winterstein, Hasck, Falkenstein, Scherk, Lobe, Schlettow.
Kleines Theater. Tägl. 8¼ U.. Der grosse Lacherfolg! **Irrgarten der Liebe.**

Central-Theater, 8 Uhr: Ilka Grüning in Eva Bonheur.

Theater des Westens Täglich 8 Uhr: **Gräfin Mariza** Operette von Emmerich Kalman

Casinotheater 8 Uhr: Das verlorene Paradies.

Saltenburg-Bühnen Deutsches Künstler-Theater 8 U.: **„Ein Walzerraum"** Käthe Dorsch, Albers, Matzner.
Theater am Kurfürstendamm 8 U.: **„Rebhuhn oder die neue Fassade"** Graetz, Morgan, Hildebrand, Bettac
Wallner-Theater 8 Uhr: **Der heilige Brunnen**
Metropol-Theater 8¼ Uhr: Die grosse Revue **Die Nacht der Nächte** Loux, Paulsen, Brihoix, Adalbert, Bardt.

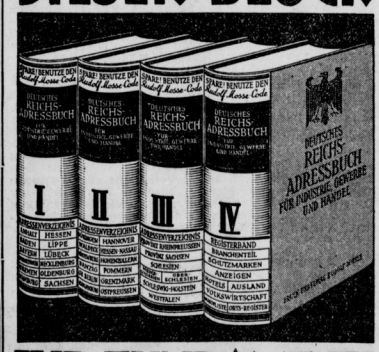
Grosses Schauspielhaus Täglich 8½ Uhr: Alt-Heidelberg Gastspiel Alfred Braun Verlängert bis zum 31. Mai.

8 UHR SCALA Internationales VARIETÉ

Circus Busch Tel.: 76 Dgr. Circ.-Prz. u. M. m.-Volkst. „Es klappert die Mühle von Sanssouci" An all. 3 Pfingstfeiert. 1o 2 Gr. Festvorstg. 3 nachm. erm. ks. Prz. Kleine Abendpre. 7 1.25 Pl. b. 2.75 M. I. Logo 5.60 b. 4 M. I. Logo Schluss der Spielzeit 30. Mai

Rennbahn Hoppegarten Rennen am 19. Mai 1926 Nachm. 3 Uhr.

DIESER BLOCK



IHR FUNDAMENT!

Gegen Voreinsendung von Rm. 105.— auf Postscheckkonto Berlin 265 17 senden wir Ihnen frei Deutschland als zuverlässiges Fundament für den Aufbau Ihres Geschäftes die soeben in vier gewaltigen Bänden erschienene Ausgabe des „Deutschen Reichs-Adressbuches", 10 500 Seiten mit vielen Millionen neuester Adressen. RUDOLF MOSSE, ABTEILUNG ADRESSBÜCHER UND CODES, BERLIN SW. 19

Reichshallen-Theat. Stettiner Sänger Tägl. 8 U. Sig. nchm. 3 Uhr.

Theater a. Kottb. Tor Tägl. 8 Uhr: **Elite-Sänger** Baumblüte in Werder

In Eiderfettkäse 9 Pfd. = M. 6,— franko. Dampfkäsefabrik, Rendsburg.

Der Mann ist so alt, wie er sich fühlt!
Leistungsfähigkeit und Jugendfrische erzielt das neue hervorragende Sexual-Kräftigungsmittel Apogosan nach Dr. med. Schmitz. Prompte und nachhaltigste Wirkung gegen körperliche und nervöse Erschöpfung.
Anregend! Kräftigend!
100 Portionen M. 7.50, Kurpackung 300 Portionen M. 20.00. Prospekte mit freiwilligen Berichten über geradezu frappante Erfolge diskret in verschlossenem Umschlag kostenfrei durch General-Depot: Elefanten-Apotheke, Berlin SW. 19, Leipziger Strasse 74 (am Dönhoffplatz) oder direkt durch: Apogosan G.m.b.H., Hamburg 1/21

Männliche Personen
Arbeitslose, intelligente, redegewandte Herren finden günstige Gelegenheit für lohnende Tätigkeit (auch nebenberuflich) als Abonnentenkaufsinteure für eine bekannte große Berliner Tageszeitung. Meldung mit Legitimationspapieren **Schützenstraße 24/25,** morgens ½9 Uhr.

Weibliche Personen
Erste Handnäherin mit Handlöchern. Georgenkirchstraße 40.
Lederhesperin, Heimarbeit verzibt. **Tu. Z. 8700. Rudolf Mosse,** Lauenzienstraße 2.
Schraubendreherinnen, perfekte, werden eingestellt. Offerten u. **J. L. 13606** an **Rudolf Mosse, Berlin SW. 19.**

Metallgewerbe
Metallschleiferei, Galvanit verkauft, evtl. Beteiligung. **Kadaß,** Naunynstr. 32. 5—7 Uhr.

Schneider
G.-Hof m.m. Stallschreibertr. 30, R.-t. 4 Tr. G.-Hosen m.m. Heinze, Alte Jakobstr. 84, IV. Waßhof. m.m. Zielinski, Kaiserstr. 5, r. Stf. II
Hosen, West. m. m. Andreasstr. 25, v. l. r.
Reste aller Art kauft gegen Kasse. **Unglück, Adalbertstr. 53. Mpl. 13756.**
Handnäherin, H.-R., pl. Stolpischstr. 26.
Tücht. Hosenschneider z. H. **Krüger,** Königsgrätzerstr. 79.
G. Hosenschneider verl. **Krone,** Gr. Hamburger Str. 32, I.
Geselle für bessere Damen-Mäntel. **Stolar,** Rosenthalerstraße 11/12.
Perf. I. sauberen Stepper. Sattl., Ulfer, dem an bauernder Arbeit gelegen ist. Offert. unt. **R. U. 257** an **Rudolf Mosse,** Jennstraße 1.

Schuhmacher
Perfekte Oberleder-Aufrauherin u. perfekte Zwickerin z. Nachzwicken sof. pl. **Thema Hausschuhfabr.,** Chausseest. 42.
Ausbilfe verlangt Dittfeldorfer Str. 48.
3 tücht. Bodenarb. sofort. **Wierth, Karlsbork,** Gundelfingenerstraße 20.
Tüchtigen Reisefschuhwender verlgt. Hausschuhfabrik **Julius Goldmann, Berlin,** Köpenickerstr. 126.
Wender auf Reisefschuhe, nur perfekte, Heimarbeit, verlangt **Georg Brunsch,** Klosterstraße 63.
Tücht. Spitzenwider sucht **Schuhfabrik Herbert Daut G. m. b. H., Berlin SW.,** Enjauerstraße 3 (unw. Halleshes Tor).
Perfekte Fertigmacherinnen per sofort gesucht. **Tea Schuhfabrik,** Pappelallee 78/79.

Meisterin für die Fertigmacherei, nur wirklich erste Kräfte aus der Luxusschuhbranche, denen an einer Dauerstellung liegt, wollen Zeugnisse einreichen an **Tea Schuhfabrik,** Pappelallee 78/79.

Tischler
Lehrstelle f. Sohn gef., 1½ J. a. außerh. a. Speiseza.-el. **Schmidt,** Schulstr. 38, 4. Port. pl.
Kaufen **Herren- u. Speisezimmer. Möbelgeschäft,** Holzmarktstraße 11.
Gebr. Hobelbänke, Maschinen, Werkzeuge billig. **Gustav Hoffmann,** Wasserkortstr. 37. Dönh. 9185.
Suchen 200 qm leere Tischlerräume Südostn oder Südwest. **Modarz & Co.,** Dresdenerstraße 30.
Ziehr-, Keil- u. Karnisleisten, Ornamentleisten, Querfaltleisten, Möbelauflagen, gehobelte Kiefernleisten. **R. & M. Goehlich,** Frankfurter Allee 56. — Billigste Bezugsquelle!! —
Tischler f. Speisezim. Friedenstr. 46, III.